

Haushaltsrede LR Holger Heymann Etatentwurf 2023

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Kreistagsmitglieder,

ich stelle Ihnen heute den Entwurf des Kreishaushalts für das nächste Jahr 2023 vor – wohlwissend, dass wir all die Risiken aus den aktuellen Krisen und den kommenden Herausforderungen hier eigentlich gar nicht richtig einpreisen konnten. Aber meine Arbeitskollegen haben das Menschenmögliche getan, um uns mit unseren Zahlen der erwarteten Realität so weit wie möglich anzunähern.

Ich konzentriere mich heute auf die wenig erfreulichen Fakten, die wir weitgehend allerdings nicht selbst zu verantworten haben – das hatten wir ja auch im zurückliegenden Haushaltsausschuss bereits besprochen:

Unser Haushaltsplan für das Jahr 2023 weist im Ergebnishaushalt einen Fehlbetrag von rund 8,3 Millionen Euro aus. Das ist sehr unbefriedigend, das weiß ich, das wissen wir. Anfangs, als wir mit der Haushaltsaufstellung begannen, sah es noch weit schlechter aus. Ich habe dann die Fachbereichsleiter und die Fachdienstleiter gebeten, noch einmal alles auf den Prüfstand zu stellen und von oben nach unten zu wenden, um nach Einsparpotentialen zu suchen. Das ist zum Teil auch gelungen, danke für die viele Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Gründe für das erwartete Haushaltsminus liegen auf der Hand, um nur einige Bereiche anzusprechen:

Das sind zum einen die **seit Jahren galoppierenden Kosten im Kindertagesstätten-Bereich**: Der Anteil des Landkreises an den Kosten der Kindertagesstätten im Kreisgebiet beläuft sich inzwischen auf knapp über 10 Millionen Euro – das ist im negativen Sinn ein **Plus von rund einer Million Euro gegenüber dem Jetztjahr 2022**. Ein kurzer Blick zurück: Seit dem Jahr 2019 (da wurde letztmals nach dem alten Pauschalmodell, damals vereinbart, abgerechnet) sind die Kosten von 3,1 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro, somit um 6,9 Millionen Euro, gestiegen.

Dies hängt natürlich zum einen mit der veränderten Abrechnungssystematik zwischen uns als Landkreis und unseren Gemeinden zusammen, aber auch mit den insgesamt allgemein steigenden Kosten im KiTa-Bereich. Ab dem Jahre 2023, das haben wir nach zähen Verhandlungen mit den Gemeinden vereinbart, trägt der Landkreis das gesamte Personalkostendefizit in diesem Bereich, plus 5 %. Der Anteil des Landes Niedersachsen an den Personalkosten liegt nach dem Niedersächsischen Kindertagesstättengesetz (NKitaG) bei 58 %. Aufgrund des pauschalierten Systems kommen aber nur etwas mehr als 40 % der gesamten Personalaufwendungen bei den Kommunen an. **Hier muss auf Landesebene dringend nachgebessert werden – mein, unser Appell ist hier nicht neu, aber er greift bisher nicht!** Da schaue ich auch noch mal unsere Kreistagsvorsitzende und neue Landtagsabgeordnete Karin Emken an. Liebe Karin, die Standards des

Landes machen uns das Leben schwer – du weißt das. Bitte setzte Dich dafür ein, dass hier mehr Geld vom Land Niedersachsen auch bei uns unten auf dem Lande ankommt.

Meine Damen, meine Herren, auch die **allgemeinen Soziallasten** nehmen zu und machen uns das Leben schwer: Allein im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen steigt der Eigenanteil des Landkreises um mehr als zwei Millionen Euro an. Steigende Fallzahlen und Kostenerhöhungen im Bereich der Leistungserbringer spielen eine Rolle dabei, aber auch die Reform der Eingliederungshilfe selbst. Bis vor ein paar Jahren wurden die Kosten der Eingliederungshilfe nach einem festen Schlüssel zwischen Land und Landkreis aufgeteilt (es war das so genannte Quotale System). Jetzt trägt der Landkreis die Kosten der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche und das Land für Erwachsene, mit jeweils abschmelzenden Beteiligungsquoten an den Kosten des anderen. Diese Regelung erweist sich insbesondere für ländliche Regionen wie die unsere als ein Nachteil, da hier der Anteil der Kinder und Jugendlichen an allen Leistungsberechtigten deutlich höher ist als in den Städten und Ballungszentren.

Auch in der **Jugendhilfe** steigt das Defizit um rund 1,3 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr (Grund sind höhere Fallzahlen, aber auch steigende Entgelte etc.).

Im **Jobcenter** trägt der Landkreis anteilig die Kosten der Unterkunft und Heizung (31 % Landkreis, 69 % Bund und Land). Durch die zu erwartenden höheren Fallzahlen, und durch höhere Miet- und Energiekosten, steigt der Kostenanteil des Landkreises um fast eine Million Euro weiter an.

Das sind alles Faktoren, die wir nicht beeinflussen können, wir haben die Leistungen zu erbringen, wenn man sie bei uns beantragt. Das in annehmbaren Fristen vom Aufwand her zu stemmen, ist für uns schon schwierig genug.

Das Thema der **Energiekosten** hatte ich bereits angerissen. Es beschäftigt uns alle nicht nur privat, sondern auch im Berufsalltag in den Firmen und auch bei den Behörden. Die Planzahlen bei den Aufwendungen für Energie (Strom- und Heizkosten) in unseren Verwaltungs- und Schulgebäuden mussten aufgrund der deutlichen Preissteigerungen im Haushaltsplan 2023 um fast 1,3 Millionen Euro angehoben werden. Über unsere Bemühungen, die wir im Bereich der Energieeinsparung unternehmen wollen, haben wir sie bereits unterrichtet.

Auch das Dauerthema der **Personalkosten** bleibt weiterhin auf der Agenda:

In den vergangenen Jahren wurden dem Landkreis immer wieder zusätzliche Aufgaben übertragen, ohne dass die damit einhergehenden zusätzlichen Personalaufwendungen vom Bund oder vom Land auch nur annähernd ausgeglichen worden sind – wir zahlen bei jeder Krise drauf – das ist ein Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip, aber der Hinweis darauf trägt auf den höheren Verwaltungs- und Gesetzgebungsebenen selten Früchte.

Die Bewältigung der andauernden Krisen (Corona-Pandemie, Flüchtlingskrise, Energiekrise), woran wir uns zwingend auf unserer Ebene beteiligen müssen, dies ist nur durch den Einsatz zusätzlichen Personals möglich. Und wir gehen dabei schon sehr vorsichtig und vorausschauend an die Erfordernisse heran – dennoch: In der Folge der aufgezählten Krisen sind auch die **Personalaufwendungen** in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen; im Jahr 2023 belaufen sie sich absolut auf rund 32,5 Millionen Euro und das sind somit rund 2,5 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Eine Tarifsteigerung, sie wird in deutlicher Form sicher kommen, in Höhe von 5 Prozent wurde eingeplant, allein diese wirkt sich dann mit 1,35 Millionen Euro auf den Personalkostenansatz aus. Hinzu kommen die Personalausgaben für Stellen, die im Laufe des Jahres 2022 neu besetzt wurden bzw. verändert wurden (Stundenaufstockungen, Höhergruppierungen etc.). Für das Haushaltsjahr 2023 sind mit wenigen Ausnahmen (z. B. im Bereich der existenzsichernden Leistungen - Wohngeld, Übernahme von Nachwuchskräften) keine neuen Stellen vorgesehen. Da sind wir auf die Bremse getreten, und das habe ich den Kolleginnen und Kollegen bei der Personalversammlung vor einigen Monaten auch ganz deutlich sagen müssen.

Sie wissen seit Jahren, dass wir sorgsam mit Geld umgehen in der Kreisverwaltung – aber dass wir dennoch an bestimmten Stellen investieren müssen, um als Arbeitgeber und als Wirtschaftsstandort attraktiv zu bleiben und um uns für die Zukunft modern aufzustellen, ist auch Fakt. In früheren Zeiten gab es schon einmal eine längere Phase, da ging es uns finanziell nicht so gut, galten bundesweit – neben anderen – als “arme Schlucker“, denen nur mit Zuschüssen zu helfen war. Dieses Image haben wir aber längst abgelegt und, Sie kennen mich, für mich ist das Glas Wasser immer halbvoll, und da geht noch was. Wir haben in den letzten Jahren gut gewirtschaftet, und wir sollten uns alle einig sein, dass wir den positiven Trend aus der Vergangenheit weiter mitnehmen wollen, trotz aller Eintrübungen und Belastungen, die wir zu schultern haben.

Daher erneuere ich meinen Appell an Sie, den ich eigentlich in jedem Jahr an Sie alle adressiere: Lassen wir uns nicht verrückt machen, anstecken vom Polit-Lärm aus den Hauptstädten dieser Republik. Lassen Sie uns weiterhin im Landkreis Wittmund den Kopf über Wasser halten, auch gruppenübergreifend das Schiff, unsere Kogge, auf Kurs halten. Ich bin dazu jedenfalls bereit, die Mannschaft ist dazu bereit, gemeinsam werden wir den Kurs schon so abstecken, dass wir ihn halten und am Ende ans Ziel kommen.

Wir müssen vor allem die derzeitige Zuwanderung als Chance verstehen, trotz aller Probleme, die ich kenne und nicht verhehlen möchte. Wir leben in schwierigen, in sehr herausfordernden Zeiten, das weiß ich. Aber wir brauchen die Solidarität aller hier an der Küste, um den Mut nicht fahren zu lassen und unsere Gestaltungsmöglichkeiten und Spielräume zu nutzen.

Ich, wir alle bei der Kreisverwaltung, wollen das Unsrige dazu tun und in die Waagschale werfen. Stimmen Sie also unserem Haushalt zu – wir versuchen, im

Vollzug noch den ein oder anderen Euro einzusparen und das Ergebnis zu verbessern, was uns in den vergangenen Jahren auch immer gelungen ist. Und man muss auch bedenken, dieses Argument wurde am Dienstag im Kreisausschuss berechtigt angeführt: Der Haushaltsentwurf 2023 spiegelt an vielen Stellen bereits den politischen Willen hier im Kreistag wider. Viele Aspekte und Ansätze fußen auf meist gemeinschaftlich getroffenen Entscheidungen – das bitte ich auch noch einmal zu bedenken.

Gar nichts halte ich davon, und das sage ich hier an die Adresse der CDU/FDP-Gruppe, den Haushaltsbeschluss ins nächste Frühjahr zu verschieben. Das hatte ich auch bereits im Haushaltsausschuss in der vergangenen Woche gesagt, und auch im Kreisausschuss noch einmal betont. Dann wären wir monatelang nicht handlungsfähig, würden uns im Bereich der vorläufigen Haushaltsführung bewegen. Und die Genehmigung eines Haushalts durch das Land wäre erst im Sommer kommenden Jahres zu erwarten. Das kann niemand ernsthaft wollen. Wir müssen handlungsfähig bleiben, dürfen uns hier nicht in die Hand Dritter begeben, das hielte ich für fatal. Ich verspreche Ihnen, wir werden – wo möglich – jeden Euro noch dreimal umdrehen, bevor wir ihn ausgeben. Aber stimmen Sie bitte mit großer Mehrheit unserem Haushalt zu. Im Vollzug können wir immer noch nachkorrigieren, wenn es gewünscht ist; und falls eine fraktionsübergreifende Haushaltskommission zustande kommt, dann unterstützen wird diese gerne bei der Entwicklung neuer Sparansätze.

Für einen modernen, für einen lebenswerten Landkreis Wittmund, für eine attraktive Kreisverwaltung....